

Region

Sie bekämpfen die Büsi-Plage

Überpopulation von Katzen In der Schweiz nimmt die Zahl der flauschigen Haustiere zu, die Politik stoppt das Wachstum nicht. Tierschützerinnen versuchen mit Kastrationen das Problem einzudämmen. Und im Aargau wagt ein Grüner einen heiklen Vorstoss.

Yann Cherix (Text) und
Nicole Philipp (Fotos)

Die Rote. Und die Vierfarbige. Sie fehlen Chantal Haller noch. Die beiden Katzen leben im Heuschobler eines Bauernhofs und haben bisher allen Verlockungen auf Essen widerstanden. «Aber auch diese beiden jungen Strolche gehen mir noch die Falle», sagt sie und platziert die Falle um, etwas näher beim Stall.

Haller wird hier auf diesem Bauernhof im Emmental bald ihre Arbeit getan haben. Nach mehreren Tagen wird die Tierschützerin alle Katzen eingefangen und vom Tierarzt kastriert haben.

Alle 52 Tiere.

Die Frau von der Tierschutzorganisation Netap war von der Bäuerin mitten in den Sommerferien zu Hilfe gerufen worden. Es war zu viel geworden. Die Katzenhorde lärmte in der Nacht und vor allem: Sie markierte überall. Es roch entsprechend.

Auf dem Emmentaler Hof zeigt sich das, was Haller als «das grosse Schweizer Katzenelend in drei Punkten» bezeichnet.

1. Es hat zu viele.
2. Es ist ausser Kontrolle geraten.
3. Das Thema wird schamhaft behandelt.

So will die Bäuerin weder mit Namen noch mit Bild an die Öffentlichkeit treten. Sie, die die fremden Tieraktivistinnen auf den Hof gelassen hat, fürchtet negative Reaktionen aus dem Dorf. Zudem will sie nicht als Katzenfeindin gelten.

«Dabei hat die Bäuerin», sagt Chantal Haller, «das einzig Richtige gemacht: Sie hat uns gerufen.»

Denn ohne Kastration hätte die Emmentalerin auf ihrem Hof bald über hundert Katzen. Dreimal im Jahr können Katzen gebären, bis zu fünf, sechs Jungtiere kann es dann jeweils geben. Ohne Regulation wächst die Katzenpopulation nicht linear, sie wächst exponentiell.

Tiere geniessen die totale Freiheit

Nach Schätzungen der Futtermittelhersteller gibt es im Land mittlerweile knapp zwei Millionen Katzen, vor 30 Jahren war es wohl noch die Hälfte. Gesicherte Daten gibt es nicht. Denn für das mit Abstand beliebteste Tier in Schweizer Haushalten ist – im Gegensatz zu Hunden – keine Registrationspflicht nötig. Katzen geniessen in der Schweiz die totale Freiheit.

Das führt laut Haller zu einer unkontrollierten Situation, in der «schlussendlich das Tierwohl leidet»: Katzen verwildern, verwahrlosen, werden medizinisch unzureichend versorgt. Und sie töten andere Tiere, vor allem Vögel und Reptilien. Auch hier gibt es nur Schätzungen. Doch es dürften jedes Jahr mehrere Millionen sein, allein bei den Vögeln sind es bis zu 300'000 – pro Monat.

Die Haustiere sind darum in den letzten Jahren ins Visier von Naturschützern geraten, die diese als weitere Bedrohung für die Biodiversität sehen. Die Klagen sind nicht neu, aber so richtig wollen sich auch heute noch nur wenige Naturschützer mit den



Ein Käfig und viel Freiwilligenarbeit: Chantal Haller von der Tierschutzorganisation Netap.

So handhaben es unsere Nachbarländer

Paderborn führte als erste Stadt in Deutschland 2008 eine Kastrations- und Registrierungspflicht ein. Die Massnahme wirkte, das Problem mit den Katzen konnte eingedämmt werden. Das Paderborner Modell machte Schule. Heute sind über 1500 Städte und Kommunen Paderborns Beispiel gefolgt. Österreich hat 2005 ebenfalls eine Kastrationspflicht für Freigängerkatzen eingeführt. Allgemein gilt auch in Ländern wie Italien und Frankreich eine Kastrationspflicht für frei laufende Tiere. (cix)



Vor statt in der Falle: 52 Katzen leben auf dem Emmentaler Hof.

Katzenfreunden anlegen. Warum, zeigte sich kürzlich wieder.

Diesen Frühling sammelte der Verein Klimaschutz Schweiz bei seinen Sympathisanten Ideen für die Zukunft. 92 Vorschläge kamen zusammen, die der Klimapolitik nach der Gletscherinitiative wieder Drive geben sollen. Eine davon war ein mögliches Katzenmoratorium. Die Produktion des Futters für die Katzen braucht Ressourcen, und sie schaden in zu grosser Anzahl der Natur.

Die «NZZ am Sonntag» machte aus diesem Nebenaspekt eine Geschichte, andere Medien nahmen das Thema dankbar auf, und Oliver Daepf von Klimaschutz Schweiz sah sich plötzlich mit der Frage konfrontiert, was sein Verein bloss gegen Katzen habe. «Wir haben nichts gegen Katzen. Wir hätten aber lieber über Klimapolitik gesprochen», sagt er. Auch der Klimaschutzler hat erfahren müssen: Katzen sind ein heikles politisches Terrain.

Kein Politiker will sich die Finger verbrennen

In Bundesbern wissen sie das schon lange. Dort gilt die Regel: An Tierli kann man sich leicht die Finger verbrennen. So sind bereits mehrere parlamentarische Vorstösse in den letzten 20 Jahren kläglich an den ersten Hür-



Foto: PD

«Das Thema bewegt die Leute.»

Thomas Baumann
Grüner Grossrat aus dem Aargau

den gescheitert. Esther Geisser, Präsidentin und Gründerin von Netap, sagt: «Es scheint, als hätten Politiker Angst vor dem Verlust von Wählerstimmen, wenn sie Katzenhaltern Vorschriften machen.»

Politikerinnen und Politiker wissen aus Erfahrung, dass man sich mit Katzen kaum profilieren kann. Denn im Gegensatz zu Hunden, die beißen und bedrohlich wirken können, ist das Problem der Überpopulation von Katzen kaum sichtbar. Der Leidensdruck für die Mehrheit der Menschen bleibt klein.

Thomas Baumann ist ein Politiker, der das Katzenproblem sichtbar macht. «Sprichwörtlich draufgelüpft» wurde der grüne Grossrat aus dem Aargau, wie er sagt. Baumann hatte bei einer parlamentarischen Debatte zum Thema Herdenschutz das Wort ergriffen und in einem Nebenatz auch auf die Katzenplage hingewiesen.

Die wenigen Worte reichten, damit sich der grüne Politiker in einem kleinen Shitstorm wiederfand. Ihn erreichten etliche Mails und Briefe. In den anständig for-

mulierten Schreiben wurde er als Unmensch bezeichnet. Baumann sagt: «Das ist natürlich nicht nur angenehm. Aber ich realisierte, dass das Katzenthema die Leute bewegt und dass es tatsächlich ein Problem ist.»

Baumann ist Bauer und bezeichnet sich als Naturschützer. Er begann, innerhalb seiner Partei für eine Regulierung der Katzenpopulation zu weibeln. Er wusste, dass schon viele vor ihm gescheitert waren. Sein Ansatz: diesmal möglichst niederschwellig beginnen.

«Ich bin darum», sagt er, «zunächst nur für eine Registrierungspflicht.» Der Grossrat glaubt, dass sich so schon mal das Verantwortungsbewusstsein von Katzenhalterinnen- und -haltern steigern lässt.

Denn noch immer werden jedes Jahr, meist zum Ferienanfang, Hunderte, wohl eher Tausende lästig gewordene Katzen mutwillig ausgesetzt. Die Haustiere verenden in der Wildnis oder landen dann auf Bauernhöfen wie jenem im Emmental. Dort sorgen sie dann für eine Katzenplage.

Die Deutschen machen es vor

Für Thomas Baumann sind solche Zustände in einem Land wie der Schweiz nicht hinzunehmen. Im Ausland sei man da schon weiter, meint er. In vielen deutschen Städten wurde für Katzen eine Kastrationspflicht eingeführt – mit grossem Erfolg.

Baumann erzählt, dass er für seinen Vorstoss mittlerweile Unterstützung aus allen Parteien erhalten habe. Wenn es jemand sachlich erklärt bekomme, lasse sich eigentlich jede und jeder überzeugen.

Die Aargauer Regierung steht dem Katzenschutz aber negativ gegenüber. Aus formalistischen Gründen. Laut Baumann spielt da der Bund wieder eine Rolle, der ähnliche Vorstösse zu Kastrationen bereits mit Verweis aufs Tierwohl abgelehnt hat. Es sei das alte Spiel: Heisse Eisen werden gerne zwischen Bund und Kantonen hin- und hergereicht.

Beim Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) heisst es: «Gemäss Tierschutzverordnung müssen Haltende zumutbare Massnahmen treffen, um zu verhindern, dass sich ihre Tiere übermässig vermehren.» Der Vollzug liegt laut BLV aber bei den Kantonen.

Kantone Aargau, St. Gallen und Zürich diskutieren

Am 29. August debattiert das Aargauer Parlament über Thomas Baumanns Vorstoss. Findet der Vertreter der Grünen eine Mehrheit, wäre das ein Signal auch an andere Kantone. In St. Gallen wird in eine ähnliche Richtung gedacht, während in Basel ein Vorstoss gegen die «übermässige Vermehrung von Freigängerkatzen gerade abgeschrieben wurde. Und in Zürich wird an einem Bericht zum Thema gearbeitet. Veröffentlicht werden soll dieser Ende 2025.

Konkretes ist somit in keinem Kanton in nächster Zeit zu erwarten. Die Katzen werden nicht gestoppt. Vorerst.